



Anti-Treuhand-Plakat während einer Demonstration auf dem Alexanderplatz in Berlin 1991. Foto: imago stock

## „Kritik war nicht gewollt“

Wirtschaftsprofessor Ulrich Blum hat klare Worte zu den Privatisierungsfehlern der Treuhand.

Herr Blum, Sie sind Wirtschaftsprofessor und Transformationsforscher. Also jemand, der sich hauptsächlich mit der Umwandlung der DDR-Wirtschaft hin zur Marktwirtschaft beschäftigt hat. Das ist jene Zeit, in der die Treuhand agierte. Deren ehemalige Chefin Birgit Breuel gesteht nun erstmals ein, dass damals Fehler gemacht wurden. Und sie sagt, die Ostdeutschen waren überfordert und die Westdeutschen hätten so etwas gar nicht durchgestanden. Reichlich späte Einsichten, konnte es damals niemand besser wissen? Wollte es niemand besser wissen?

Das zentrale Problem kurz vor der Wende war, dass niemand im Westen so wirklich mit der deutschen Einheit gerechnet hatte. Es wurde in der alten Bundesrepublik keinerlei Forschung mehr zu einer möglichen Wiedervereinigung gemacht. Bis Anfang der 70er-Jahre war das hingegen fester Bestandteil im jährlichen Bericht zur Lage der Nation. Man hätte sich besser vorbereiten können. So wie es derzeit die Koreaner tun.

Es war demnach vor allem Unwissenheit, die herrschte ...

... nicht unbedingt. Die Insider kannten sich schon aus. Analysten, Ökonomen und Geheimdienste. Die DDR war so gut aufgeklärt wie kein anderer Staat der Welt. Man hatte zum Beispiel Bodenproben herausgeschmuggelt, um mit deren Hilfe die Kontaminierung der Böden zu untersuchen. Das hat dann etwas über die Qualität der Industrieanlagen gesagt. Man hatte Satellitenaufnahmen und wusste, dass damals nachts die Filteranlagen der Kraftwerke immer wieder abgeschaltet wurden, um die Wirkungsgrade etwas zu erhöhen. All das war bekannt. Es ist eine billige Ausrede, man habe nichts über den realen Zustand der DDR-Wirtschaft gewusst. Das ist einfach falsch.

Hätte es denn überhaupt grundlegend anders wirtschaftlich laufen können?

Der D-Mark-Umtausch 1 zu 1 war wirtschaftlich problematisch, aber er hat dafür die Siedlungsstrukturen erhalten – eine massenweise Abwanderung von Ost nach

West wäre volkswirtschaftlich noch teurer gekommen. Die Fehler gehen aber bei der Art und Weise der Privatisierung los.

Was wurde aus heutiger Sicht krass falsch gemacht von der Treuhand?

Man begann damals, jedes einzelne Werk für sich zu privatisieren. Die Lieferketten in Ostdeutschland waren damit zerstört. Sachsen hatte eine vollständige Hydraulik-Industrie. Dafür braucht man Kolben, Pumpen, Schläuche, Steuerung und mehr. Das war nun auf verschiedene Werke verteilt, und jedes ging an einen anderen Investor, an eine andere Konzernmutter in Westdeutschland oder international – mit der Folge, dass in Sachsen kein Hydrauliksystem mehr hergestellt werden konnte. Überall dort, wo die Treuhand die Systemfähigkeit teilweise erhalten hatte, haben wir heute etwas bessere industrielle Bedingungen, so in Dresden, Chemnitz, Jena und im Chemiedreieck.

Vielleicht sollten die Firmensysteme ja gar nicht Bestand haben, weil Konkurrenz?

Zumindest hat kaum jemand etwas für den Fortbestand dieser Firmensysteme getan, obwohl schon damals die Folgen offensichtlich waren. Besonders fatal ist bis heute, dass beim Verkauf keinerlei Konzernzentralen hierher auf den Weg gebracht wurden. Die DAX-Zentralen sitzen heute nahezu alle im Westen, dort wird der Umsatz gemacht, dort fließen auch erheblich mehr Steuergelder. In und mit den Zentralen geschehen allerdings 30 Prozent der Wertschöpfung. Das erklärt auch, warum wir im Osten in der Wertschöpfung noch lange nicht auf Westniveau sind.

Hätten wir überhaupt eine Chance gehabt, hier eine etwas andere Wirtschaftsstruktur aufzubauen?

Man hätte die Eigentumsrückgabe der Treuhand mit persönlichen Rückkehrverpflichtungen verbinden müssen, das wäre sehr erfolgreich gewesen. Dann würden die Steuern nicht irgendwo im Westen, sondern hier bezahlt. Dem Honecker kann ich nach inzwischen so vielen Wirtschafts-



Ulrich Blum war von 2004 bis 2011 Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH).

Foto: Wolfgang Wittchen

zyklen nicht mehr all das anlasten, was heute hier schief läuft. Da müssen sich andere an die Nase fassen.

Wer hat versagt? Die Bundesregierung damals, die ostdeutschen Landesregierungen?

Unterschiedlich. Bundeskanzler und Wirtschaftsminister auch. Sachsen hat zumindest mehr getan als andere Länder und sich damit oft auch gegen den Bund gestellt. Mit Erfolgen heute.

Sie selbst waren viele Jahre Präsident des IWH, eines der Top-Wirtschaftsinstitute Deutschlands. Sie zählten zu den Wirtschaftsweisen. Wo ist denn damals Ihr Rat geblieben?

Die besten Ratschläge hat es hinter den Kulissen gegeben, wie in Sachsen zum Beispiel. Unauffällig, und es wurde einiges davon umgesetzt. Andere Bundesländer indes wollten so etwas nicht wissen, und die Bundesregierung war schlicht ablehnend.

Sie hat Ihre Forschungen am IWH in Halle ignoriert?

Das reicht nicht. Es wurde darauf gedrungen, bestimmte Forschungen einfach einzustellen. Bestimmte Fragestellungen sollten nicht mehr in die Öffentlichkeit kommen, obwohl sie zum Kern unseres Forschungsauftrags gehörten. Kritik war vom Bund nicht gewollt. Wir haben der Politik Fehler nachgewiesen, daher waren unsere

Studien zu Ostdeutschland politisch nicht willkommen. Da saßen in Berlin zu viele in ihrem Raumschiff. Regierungen wollen halt meist in ihrer Arbeit bestätigt werden. Die politischen Ansagen vom Bund an mich waren letztlich eindeutig: Tun Sie dies fort, das darf so nicht erscheinen. Für mich als Institutsdirektor war das so etwas zwischen Forschungsverbot und Nachdenkungsverbot.

Ist diese Ignoranz einer der großen Fehler von damals?

Ich glaube, wir hätten vieles viel besser machen können. Darauf haben wir als Wirtschaftswissenschaftler schon Anfang der 90er-Jahre hingewiesen.

Nicht so sehr mit Erfolg. Und schließlich wurden Sie ja als Institutsdirektor abgesetzt ...

... nein, das nicht. Man hat mich gedrängt, zurückzutreten. Ich habe aufgehört. Die Dinge wurden unerträglich. Meine Forschungsfreiheit lasse ich mir nicht nehmen. Ich wollte mich nicht korrumpieren lassen und verzichtete daher auf den Posten. Und ich habe dann für die Fraunhofer-Gesellschaft ein neues Institut zur Ökonomik der Werkstoffe in Halle aufgebaut.

Ist der Osten noch zu retten? Wer soll es tun?

Es gibt eine einzige Chance für die kommenden 30 Jahre. Das ist der Umbau der Kohlenstoffwirtschaft. Ostdeutschland hat dafür meiner Meinung nach die besten Voraussetzungen. Kunststoffe statt Stahl. Leichtbau. Und dies aus vorhandenen Kohlenstoff-Verbindungen oder auch aus Kohle. Die Technologie und das Wissen hat Ostdeutschland. Und wenn wir es hinbekommen, CO<sub>2</sub>-neutrale Wertschöpfungsketten zu schaffen, dann sind wir der King, weil diese CO<sub>2</sub>-freie Grundstoffindustrie alle brauchen, weltweit. Dafür müssten wir hier vor Ort die entsprechende Anlagenfertigung aufbauen. Dann sieht es von Halle über Bautzen bis Schwarze Pumpe richtig gut aus. Nur, die Zeit läuft schon.

■ Das Interview führte Stephan Schön.

## Metro lehnt Übernahme ab

Düsseldorf. Fast sechs Milliarden Euro will der tschechische Milliardär Daniel Kretinsky für die Metro zahlen: Doch beim Düsseldorfer Handelskonzern stößt das Übernahmeangebot auf Widerstand. Vorstand und Aufsichtsrat der Metro lehnten den von Kretinsky Holding EPGC gebotenen Preis einstimmig als zu niedrig ab und empfahlen den Aktionären, ihre Aktien nicht zu verkaufen. Das Angebot spiegelt nicht das Potenzial des Konzerns wider.

Der Metro-Spitze ist jedoch nicht nur der Preis zu gering, Sorgen macht Konzernchef Olaf Koch auch die geplante Finanzierung der Übernahme. Dem Angebotsprospekt zufolge soll sie ganz überwiegend mit Krediten erfolgen. Wenn dieser Schuldenberg – wie es bei solchen Transaktionen häufig der Fall ist – am Ende zum Großteil dem Handelskonzern aufgeladen werde, könne dies die Wachstumsmöglichkeiten und Investitionsspielräume der Metro in Zukunft deutlich einschränken, warnte der Manager. Tatsächlich haben die Ratingagenturen Standard & Poor's und Moody's bereits eine Prüfung der Bonität auf eine mögliche Herabstufung angekündigt.

Kretinsky hatte vor zwei Wochen sein Übernahmeangebot für den Handelskonzern vorgelegt, der in 26 Ländern mehr als 770 Großhandelsmärkte betreibt und zu dem derzeit auch noch die Supermarktkette Real gehört. (dpa)

### NACHRICHTEN

#### Mehrere Dax-Konzerne von Hackerangriff betroffen

Berlin. Mehrere deutsche Konzerne sind in der Vergangenheit von Hackern ausgespäht worden. Nach Recherchen von Bayerischem Rundfunk (BR) und Norddeutschem Rundfunk (NDR) waren mindestens acht deutsche Unternehmen von dem Cyber-Angriff betroffen, darunter sechs Dax-Konzerne wie Siemens, Bayer, Thyssenkrupp. Zudem sei rund ein Dutzend weiterer Unternehmen aus dem Ausland attackiert worden. (dpa)

#### Über will in Deutschland auch Fracht vermitteln

Berlin. Über baut sein Geschäft in Deutschland mit der Frachtvermittlung aus. Der Dienst Über Freight soll als Schnittstelle zwischen Transportfirmen und Unternehmen mit Frachtladungen dienen. Nach dem Start in den USA war Über Freight auch schon in den Niederlanden verfügbar. Über ist neben dem Kerngeschäft mit der Vermittlung von Fahrdiensten auch als Anbieter von Leih-Fahrrädern und in der Essenszustellung aktiv. (dpa)

#### 737-Max-Debakel vermasselt Boeing-Bilanz

Chicago. Die Krise um die nach zwei Abstürzen mit Flugverboten belegte Baureihe 737 Max hat Boeing tief in rote Zahlen gebracht. Im zweiten Quartal fiel ein Rekordverlust in Höhe von 2,9 Milliarden Dollar an, wie der US-Luftfahrtsektor mitteilte. Im Vorjahreszeitraum hatte Boeing noch 2,2 Milliarden Dollar verdient. Einen neuen Geschäftsausblick gab das Unternehmen wegen der hohen Ungewissheit hinsichtlich der Wiederzulassung der 737 Max nicht ab. Die 737 Max ist eigentlich Boeings Bestseller, für die es bis zu den Startverboten viele Bestellungen gab. (dpa)

## Wie kleine sächsische Firmen an Studenten kommen

Ein Unternehmer mit 60 Beschäftigten hat keine Zeit für Kontakte zur Hochschule. Das neue Projekt Step In kann helfen – vielleicht mit Wandern.

VON GEORG MOERITZ

Dresden. Tobias John hat einen Lockenkopf und ein modernes Produkt: Der Geschäftsführer der Econtrol-Glas in Plauen bietet Fensterscheiben, die sich mit elektrischer Spannung abdunkeln lassen und dann Hitze abhalten. Trotzdem findet Johns Firma mit 60 Beschäftigten nur schwer die nötigen Fachleute für Glas, Chemie, Elektronik und Informatik, die in Plauen-Oberlosa arbeiten und neue Ideen liefern wollen.

Für Kontakte zu Universitäten fehle im Tagesgeschäft die Zeit, sagte John gestern bei einem Pressegespräch an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Dresden (HTW). Selbst ein Forschungsprojekt mit der Universität in Freiburg in Breisgau

sei eher durch zufällige Kontakte zustande gekommen – und hätte vielleicht auch mit einer sächsischen Hochschule Erfolg.

Wenn es nach Anke Wagner aus Dresden geht, haben mittelständische Betriebe wie Econtrol-Glas künftig mehr Chancen, Studenten kennenzulernen und umgekehrt. Wagner hat vor zwei Jahren nach dem Studium die Firma Scientists into Business mitgegründet. Elf Mitarbeiter helfen bei der Fachkräftesicherung – und dürfen das nun in ganz Sachsen tun. Denn Wagners Unternehmen hat vom Wirtschaftsministerium den Auftrag bekommen, das neue Projekt Step In zu organisieren. Das Land stellt 2,3 Millionen Euro bereit, damit in den nächsten zwei Jahren „eine junge Community von Fachkräften und Unternehmen“ gebildet wird. Wagner denkt dabei nicht nur an Begegnungen an Messen, sondern an Wanderungen bei Zittau oder Drachenbootfahrten.

Der sächsische Wirtschafts-Staatssekretär Stefan Brangs möchte, dass künftig mehr als zwei Drittel der Studenten nach ihrem Abschluss in Sachsen bleiben. Zu-



Und nach dem Studium? Künftig sollen möglichst zwei Drittel der Studenten in Sachsen bleiben, gibt das Wirtschaftsministerium vor. Ein neues Projekt soll verhindern, dass sie nur Großkonzerne kennen.

Archivfoto: dpa/Jan Woitas

letzt blieben 60 Prozent von 22000 Absolventen im Land. Vor allem ausländische Studenten, derzeit 18000 von 110000 in Sachsen, sollen mit guten Kontakten zum Bleiben ermutigt werden. Brangs erinnerte an den erwarteten Arbeitskräftemangel: „Der Druck ist immens groß“. Sachsen habe ein Imageproblem und müsse den Mut

haben, neue Wege zu gehen. Für Studenten bedeute das auch, den Übergang in unbekannt kleine Firmen zu organisieren.

Allerdings bieten die Hochschulen bereits Beratung. Wer die HTW am Dresdner Hauptbahnhof betritt, findet rasch das „Karriere“-Büro und die lange Wand mit Stellenangeboten: Da werden Bau-Inge-

nieure gesucht, auf den nächsten Aushängen ein Hardware-Entwickler und ein Referent für Energie und Nachhaltigkeit. Das Akademische Auslandsamt wirbt für Praktika in Kanada. Zudem gibt es Absolventen-Netzwerke. Auch Arbeitsagenturen, Kammern und Branchenverbände sehen sich als Mittler und legen Faltblätter aus.

Projektleiterin Anke Wagner weiß, dass es auch schon viele Karrieremessen gibt. Sie kennt aber die Zeitnöte gerade der Kleinunternehmer und will ihnen beispielsweise über Videokonferenzen die Teilnahme erleichtern. Vorbildlich findet sie auch Bustouren, bei denen Studentengruppen mehrere Betriebe kennenlernen.

Der Leipziger Professor Thomas Lenk, Prorektor für Entwicklung und Transfer, wies allerdings auf die Gehaltsunterschiede zwischen Ost und West hin und beklagte zudem, dass seine Universität Opfer für den Erfolg der Dresdner Exzellenz-Universität bringen musste. Glasproduzent John hielt beim Thema Gehalt dagegen: Das Niveau sei gestiegen, manche Sachsen kämen aus Bayern zurück in die Heimat.